

Herr Rupp als Stadtkämmerer moderierte die Fortsetzung Haushaltsberatungen. Er machte auf das am 27.11.2017 versandte 3. Änderungspapier der Verwaltung aufmerksam.

Herr Gleß informierte aus den Beratungen im ZentrumsA, dass entgegen dem Grundförderantrag für das Programmjahr 2018 der Karl-Gatzweiler Platz und für das Programmjahr 2019 die Verteilerplätze angemeldet werden würden. Die beiden Maßnahmen wären nach Rücksprache mit dem Fördergeber getauscht worden. Der Baubeginn für den Karl-Gatzweiler Platz wäre dann voraussichtlich Frühjahr 2019.

Herr Rupp stellte die daraus resultierenden Verschiebungen für den Haushalt kurz dar. Der Ausschuss war einstimmig damit einverstanden, dass die beiden Projekte getauscht werden und der Karl-Gatzweiler Platz für das Programmjahr 2018 angemeldet wird.

Zum 3. Änderungspapier der Verwaltung wurden keine Fragen gestellt.

Im Weiteren wurden Rückfragen zu den beantworteten Fragenkatalogen beantwortet.

Herr Kallenbach sagte Herrn Bäsch auf Nachfrage zu, dass vor Vergabe der 4. Ausbaustufe der Kläranlage die gesamte Problematik nochmal im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss beraten würde.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Entwurf des Haushaltsplanes 2018/2019 gab es vier **Bürgeranträge**. Die Bürgeranträge mit den Stellungnahmen der Verwaltung lagen den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Rupp stellte die Anträge in der Reihenfolge Ihres Eingangs zur Beratung.

1. Bürgerantrag: Ladestation im öffentlichen Raum. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nahmen den Antrag ohne Rückfragen zur Kenntnis. Die Verwaltung werde so verfahren, wie in der schriftl. Stellungnahme ausgeführt wurde.
2. Bürgerantrag: Absenkung der Realsteuerhebesätze
Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses empfehlen dem Rat **einstimmig** dem Beschlussvorschlag des Bürgerantrages nicht zu folgen.
3. Bürgerantrag: Geschwindigkeitssenkende Maßnahmen an der Straße „An den Weiden“. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nahmen den Antrag ohne Rückfragen zur Kenntnis. Die Verwaltung werde so verfahren, wie in der schriftl. Stellungnahme ausgeführt wurde.
4. Bürgerantrag: Einsparung der Mittel für den Radwegeausbau Hangelar-Ost.
Der Haupt- und Finanzausschusses empfiehlt dem Rat **einstimmig** dem Vorschlag des Petenten mit Blick auf die Ausführungen der Verwaltung nicht zu folgen und die Mittel für den Radwegeausbau unter der InvertNr. 07-00369 weiterhin bereit zu stellen.

Die Änderungsanträge der Fraktionen wurden von der Kämmerei in einer Synopse, welche diesem TOP beigelegt ist, zusammengestellt und deren investiven und konsumtiven Auswirkungen auf den Haushalt dargestellt.

Die Änderungsanträge wurden in Reihenfolge der Synopse durchgegangen und

vorliegende Fragen geklärt.

Herr Schell fragte zu lfd. Nr. 1 welche Konsequenzen eine Reduzierung der geplanten 100 mobilen Arbeitsplätze in 2018-2019 auf die Hälfte für die Verwaltung habe.

Frau Krumm verwies auf das grundsätzliche Konzept zum mobilen Arbeitsmanagements. Aus Ihrer Sicht könne etwas reduziert gestartet werden. Es würden sich dadurch im Bereich der PCs keine Mehraufwendungen ergeben.

Herr Köhler betonte die Wichtigkeit im kommenden Jahr einen Workshop für strategische Überlegungen, wo die Verwaltung hin will und welche gesetzlichen Regelungen dies derzeit noch behindern, einzurichten. Das mobile Arbeiten wäre ein Bestandteil dessen, ein Schritt in die Zukunft, der mit der nötigen Vorsicht gegangen werden sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Schell bestätigte Herr Weiser zu lfd. Nr. 2, dass die Sauberkeit von Schultoiletten keine vorwiegend finanzielles Problem sei, die Sanierung von Schultoiletten wäre vielfach ein personelles Problem und sie müsse auch immer mit einem pädagogischen Konzept der Schule zur Sauberhaltung der Toiletten einhergehen.

Auf Nachfrage von Frau Jung bestätigte Herr Weiser, dass die Beschwerden bei den neuen bzw. sanierten Toilettenanlagen genau so zahlreich seien, wie bei den alten bzw. nicht sanierten Toilettenanlagen. Frau Jung betonte daher, dass es hier hauptsächlich um das Nutzerverhalten gehe.

Der Bürgermeister berichtete von einem Vortrag Hangelarer Schüler aus dem Kinder- und Jugendparlament, dessen Tenor es gewesen wäre, dass auch mit einem pädagogischen Konzept, die Toiletten nicht so sauber wie erhofft gewesen wären.

Herr Metz verwies auf die Bedarfsabfrage an Schulen und erläuterte deren Historie und Ergebnisse, welche aufgrund der Mittel Gute Schule 2020 initiiert wurde. Das Ziel dieses Antrages wäre, in einem Doppelhaushalt dafür ein Budget frei zu machen. Wo diese Mittel dann konkret eingesetzt würden, müsse in den Fachausschüssen festgelegt werden.

Alle Fraktionen waren einheitlich der Meinung, dass die Toilettenanlagen an Schulen sehr wichtig sind und deren Verbesserung möglichst schnell erfolgen solle.

Herr Rupp wies daraufhin, dass das Haushaltsrecht keine Sonderfonds vorsehe, daher würden die Mittel, sofern dieser Antrag die Mehrheit bekäme, im Haushalt als Aufwandstitel etatisiert werden mit der Maßgabe die Mittel bis in die zwei Folgejahre übertragen zu können.

Zu lfd.Nr. 4 erklärte Herr Metz, dass sie aufgrund der Anfragenbeantwortung, nach Antragstellung, welche deutlich mache, was sich hinter dem Mobilitätskonzept verberge, diesen Antrag zurückziehen würden.

Herr Knülle erläuterte kurz die Intention des Antrags lfd. Nr. 5. Mit diesem Sonderprogramm sollen im Altbestand Verbesserungen zur Barrierefreiheit durchgeführt werden.

Herr Rupp schlug vor, dass diese Maßnahme, aufgrund der Ausführungen des technischen Dezernates, dass die Verbesserungen im Altbestand für die Anwohner beitragsfrei als laufende Straßenunterhaltung durchgeführt würden, konsumtiv, wie beantragt, veranschlagt würden. Die Zeilennummer im Finanzplan müsse für die konsumtive Veranschlagung in dem Beschluss von 25 in 13 geändert werden.

Herr Metz machte darauf aufmerksam, dass die Anträge lfd. Nr. 6 bis 10 im Block abgestimmt werden sollen, da sie einen geschlossenen Bereich darstellen würden. In diesem Block käme man investiv im Finanzplanungszeitraum zu einer Einsparung von 140.000 €. Die im Antrag bezifferte Förderquote von mindestens 70 % wurde nach klärenden Erläuterungen zur Veranschlagung im Haushalt durch Herrn Kallenbach von den Antragstellern auf mindestens 60 % korrigiert.

Herr Knülle erläuterte die Anträge zu lfd. Nr. 11 und 12, diese beantragte Kostenreduzierung wäre bereits vor zwei Jahren in einem Beschluss als Apell auf den Weg gebracht aber von der Verwaltung nicht umgesetzt worden.

Herr Gleß sagte zu, dem Geist des Wunsches zu folgen, möglichst eine städtebauliche Aufwertung zu erhalten, aber trotzdem Gelder einzusparen, wo Einsparungen möglich sind. Er appellierte an den Ausschuss keinen Beschluss mit einer bezifferten vierzigprozentigen Kostenreduzierung zu fassen.

Herr Schell betonte, dass seine Fraktion ohne die Auswirkungen zu kennen, keine Kostenreduzierung um 40 % beschließen würde.

Herr Gleß bestätigte auf Nachfrage von Herrn Köhler, dass ein Beschluss über eine 40% Kostenreduzierung ein falsches Signal nach Köln wäre und die Förderung in Gefahr bringen könne.

Frau Jung und Frau Feld-Wielpütz waren beide der Meinung, dass die Verwaltung bei den letzten Planungen bewiesen habe kostensparend zu agieren. Sie hielten es daher jetzt für das falsche Signal bei der Erneuerung Südstraße und der Umgestaltung der Wege und Plätze im Zentrum von diesem bewährten Verfahren abzulassen.

Bei lfd. Nr. 13 schlug Herr Rupp vor, dass die Verwaltung zusage, die beantragte Umstellung der Laterne aus dem laufenden Budget vorzunehmen und diesen Antrag nicht zu beschließen. Die antragstellenden Fraktionen erklärten sich damit einverstanden.

Der Antrag lfd. Nr. 15 wurde von den antragstellenden Fraktionen nur auf die gefährlichen Hunderrassen begrenzt, weil Sankt Augustin in diesem Bereich deutlich unter den Sätzen des Rhein-Sieg-Kreises liegen würde. Die generelle Diskussion um die Ausgestaltung der Hundesteuer würden sie dann bis zu einer Gesamtdiskussion zurückstellen.

Nach Klärung aller offenen Fragen wurde die Sitzung auf Wunsch der CDU Fraktion von 20.40 Uhr bis 20.55 Uhr unterbrochen.

Herr Rupp ließ nach der Sitzungsunterbrechung über die Synopse der Änderungsanträge nacheinander abstimmen.

Lfd. Nr. 1, Ausstattung und Geräte (IuK), einstimmig

Lfd. Nr. 2, Sonstige schulische Aufgaben

Der Antrag wurde dahingehend geändert, dass in den Jahren 2018, 2019 und 2020 nur noch jeweils 100.000 € mehr etatisiert werden und dies nicht mehr beschränkt auf die Schultoiletten alleine.

Mehrheitlich Ja

10 Ja (SPD, Güne, FDP, Aufbruch, Linke)

7 Nein (CDU)

Lfd. Nr. 3, Jugendsozialarbeit einstimmig

Lfd. Nr. 5, Straße, Wege, Plätze (Zeile 13 konsumtiv) einstimmig

Lfd. Nr. 6 bis lfd. Nr. 10 (Förderquote mind. 60%) einstimmig

Lfd. Nr. 11 u. lfd. Nr. 12

Herr Knülle sagte, dass sich die antragstellenden Fraktionen in der Beratungspause dazu entschlossen hätten, dass Kostenreduzierungsziel von 40 % auf 20 % Kosteneinsparung zu senken.

Der Beratungsbedarf der CDU Fraktion wird gewährt und die beiden lfd. Nrn. werden in den Rat vertagt.

Lfd. Nr. 14, Neuausrichtung Grünflächenunterhaltung zu Biodiversität einstimmig bei Enthaltung der FDP

Lfd. Nr. 15, Hundesteuer (nur für gefährliche Hunde ab 2019) einstimmig

Lfd. Nr. 16, GFG einstimmig

Lfd. Nr. 17, Kreisumlage, Mehrbelastung ÖPNV einstimmig

Herr Rupp sagte zu, die aktualisierte Übersicht am nächsten Tag für die Ratssitzung in die Fraktionen zu geben.